

Eine „witterungsangepasste Fahrweise“ attestiert die Polizei den Bremer VerkehrsteilnehmerInnen. So erklärt sie sich, dass es gestern trotz

Schneefalls und anschließender Matschepampe nicht mehr Unfälle gab als sonst. **Am Wochenende wird es heiter bei 2 bis 3 Grad**

IN ALLER KÜRZE

Trauerfeier für syrischen Jungen am Sonntag

Mit einer öffentlichen Trauerfeier soll am Sonntag um 13.30 Uhr in der Blumenthaler Selimiye-Moschee an den Silvester zu Tode getretenen 15-jährigen syrischen Jungen erinnert werden. Unterdessen teilte die Staatsanwaltschaft mit, dass ein weiterer Mann „aus dem kurdischen Kulturkreis“ in Haft sei. Er und zwei andere Festgenommene werden dringend des „gemeinschaftlichen Totschlags“ verdächtigt. Augenzeugen der Tat berichteten der taz, wie bis zu acht Männer den Jungen verprügelt hatten. Ein Anlass sei nicht erkennbar gewesen, sagen sie. Nachbarn schildern den Jungen als eher schüchtern. (taz)

Ich wünsche mir einen Ausbau der Fuß- und Radwege und dass dem Parkdruck begegnet wird. Viele Menschen brauchen ihr Auto nicht täglich, denken aber gar nicht darüber nach, es abzuschaffen. Diesen Menschen müssen Alternativen wie Carsharing oder die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nähergebracht werden. Eine kontinuierliche Reduzierung der Parkplätze auf ein stadtverträgliches Maß wie in Kopenhagen halte ich ebenfalls für eine gute Idee. Dort konnte das Autoaufkommen erheblich reduziert werden. INTERVIEW: VANESSA REIBER

HEUTE IN BREMEN

„Pkw sind ein Problem“

VORTRAG Die Stadtplanerin Angelika Schlansky spricht über eine menschenfreundliche Stadt

taz: Frau Schlansky, was sind Ihre Ansprüche an die Gestalt einer Stadt?
Angelika Schlansky: Es muss möglich sein, gut mit dem Fahrrad oder zu Fuß durch die Stadt zu kommen. Außerdem müssen die Straßen Aufenthaltsqualität haben.

Was macht diese Aufenthaltsqualität aus?
Sauberkeit der Straßen und Plätze, kein Lärm, viele Menschen und schöne Häuser sind Faktoren, die zur Aufenthaltsqualität gehören.

Wo liegen die Probleme in der Gestaltung Bremens?

Ein großes Problem ist die zu große Menge privater Pkws. In der östlichen Vorstadt zum Beispiel gibt es mehr Autos als Parkplätze, deswegen parken viele Autofahrer auf den Gehwegen. Wenn dann noch Fahrräder am Zaun abgestellt werden, ist es vor allem für Rollstuhlfahrer schwierig durchzukommen. Auch für Fußgänger macht es keinen Spaß, wenn der Weg zum Hindernislauf wird. Außerdem muss man an einigen Hauptverkehrsstraßen wie dem Osterdeich häufig ewig warten, bis man die Straße überqueren kann.

Was wünschen Sie sich für Bremen?

Ich wünsche mir einen Ausbau der Fuß- und Radwege und dass dem Parkdruck begegnet wird. Viele Menschen brauchen ihr Auto nicht täglich, denken aber gar nicht darüber nach, es abzuschaffen. Diesen Menschen müssen Alternativen wie Carsharing oder die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nähergebracht werden. Eine kontinuierliche Reduzierung der Parkplätze auf ein stadtverträgliches Maß wie in Kopenhagen halte ich ebenfalls für eine gute Idee. Dort konnte das Autoaufkommen erheblich reduziert werden. INTERVIEW: VANESSA REIBER

■ Vortrag „Neue Ansprüche an die Gestalt der Stadt“: 11 Uhr, Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5

Angelika Schlansky

■ 70, ist Stadt- und Regionalplanerin und lebt, wie sie sagt, gern in Bremen.



Gedenken an Brechmittel-Folteropfer



Noch immer ist das geplante Mahnmahl gegenüber der Kunsthalle nicht errichtet. Also hat die Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé anlässlich seines 13. Todestages nicht nur eine Kundgebung am Ziegenmarkt abgehalten, sondern auch einen mobilen Denkort auf die Reise geschickt: Er soll in Kulturzentren, Kneipen, Vorgärten und anderen Orten aufgebaut werden und mahnen, dass kein Mensch im Zuge staatlicher Maßnahmen gequält oder gar getötet werden darf. Der aus Sierra Leone stammende Condé starb in Bremer Polizeigewahrsam, nachdem ihm dort mit Gewalt literweise

Wasser und Brechmittel eingefloßt worden waren. Condé sollte damit zum Erbrechen verschluckter Drogen gezwungen werden, mit denen er an der Sietwallekreuzung gehandelt haben soll. Während der zweistündigen Prozedur fiel Condé ins Koma und starb an den Folgen der Brechmittelvergabe am 7. Januar 2004. Zwischen 1991 und 2004 sind in Bremen in über 1.000 Fällen Brechmittel in Polizeigewahrsam verabreicht worden. 2006 stufte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln als Folter ein. Foto: Allegra Schneider

Intensive Wortklaubereien

VON SIMONE SCHNASE

Der Senat habe gelogen, sagt Jan Timke, Bürgerschaftsabgeordneter der rechtspopulistischen Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW). Die hat Verfassungsklage eingereicht, weil sie der Auffassung ist, der Senat habe eine parlamentarische Anfrage der BIW falsch beantwortet und somit ihr Auskunftsrecht verletzt. Am gestrigen Freitag fand die Verhandlung vorm Staatsgerichtshof statt. Eine Entscheidung fiel noch nicht, deutlich wurde jedoch: Das Wort „Absprache“ kann offenbar auf vielerlei Weise interpretiert werden.

Aber von vorn: Im Oktober 2014 fragte Timke in einer Bürgerschaftssitzung nach Informationen über das Planfeststellungsverfahren für den Bau des Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB). Er fragte: „Sind im Vorfeld der Planung für den Bau des OTB Absprachen mit der aus hiesiger Sicht zuständigen Bundeswasserstraßenverwaltung zur Genehmigung des Projektes getroffen worden und wenn ja, was ist Inhalt dieser Absprachen?“ Die knappe Senatsantwort lautete: „Nein.“

Im Mai 2016 jedoch teilte Umweltsenator Joachim Lohse (Grüne) in einer Pressemitteilung mit, dass die Zuständigkeitsfrage damals „nach intensiver Abstimmung mit der Bundeswasserstraßenverwaltung“ so entschieden worden sei, dass die Obere Wasserbehörde Bre-

VERFASSUNG Hat der Senat auf eine Anfrage zum Offshore-Terminal Bremerhaven gelogen? Darüber wurde am Freitag vorm Verfassungsgericht verhandelt

mens für das Planfeststellungsverfahren des OTB verantwortlich sei. „Entweder Sie haben damals das Parlament belogen oder jetzt die Presse“, erklärte Timke daraufhin.

Lohses Erklärung war der Baustopp des OTB vorangegangen, begründet auf einer Klage des BUND: Das Verwaltungsgericht hatte dem Antrag auf Aussetzung des Baus unter anderem mit der Begründung stattgegeben, dass nicht der Umweltsenator als Obere Wasserbehörde für den Erlass des Planfeststellungsbeschlusses zuständig gewesen sei, sondern die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. „Absprache“, verteidigte im Mai Wirtschaftssenator Martin Günthner (SPD) den Umweltsenator, sei nicht dasselbe wie „Abstimmung“. Der Abgeordnete Timke habe aber nach „Absprachen“ gefragt.

Von „Abstimmung“ oder gar „intensiver Abstimmung“ war freilich in der gestrigen Verhandlung vorm Staatsgerichtshof gar keine Rede. Schade eigentlich, denn die juristische Senatsvertreterin erklärte dort nun, es sei eine „Anfrage“ an die Bundeswasserstraßenverwaltung gestellt worden, auf die lediglich „rechtliche Auskunft“ erteilt worden sei. Eine Absprache, sagte sie, bedeute laut Duden „im Sinne einer Vereinbarung“ – und die habe es nicht gegeben, weswegen die Senatsantwort korrekt gewesen sei. Eine „intensive Absprache“ kann es nach dieser Aussage freilich auch nicht gegeben haben.

Timkes Verteidiger sagte vorm Verfassungsgericht: „Absprache bedeutete: Haben Sie mit der Bundeswasserstraßenverwaltung gesprochen, hat es Gespräche geben? Die Antwort hätte lauten müssen: ja!“

Als „vieldeutig und interpretationsbedürftig“ bezeichnete die vorsitzende Richterin das Wort „Absprache“. Es gebe verschiedene Rechtsprechungen bezüglich interpretationsbedürftiger Fragen, dabei handle es sich aber um Einzelfallentscheidungen: „Fragen sollten so exakt wie möglich formuliert werden. Aber: Auch die gegebenen Antworten müssen versuchen, mögliche Deutungen zu berücksichtigen“, sagte sie. Eine Entscheidung wird das Verfassungsgericht Mitte Februar verkünden – eine Tendenz war gestern nicht erkennbar.

Fest steht: Der Fall ist mehr als populistische Erbsenzählerei. Denn, das berichtet die taz bereits: Die Bundeswasserstraßenverwaltung hatte sich ablehnend gegenüber dem OTB-Standort geäußert. Um zu verhindern, dass sie die Planung übernimmt und dann nicht im Bremer Sinne handelt, soll es die erwähnte „intensive Abstimmung“ gegeben haben mit dem Ergebnis, dass das Verkehrsministerium seiner Wasserbehörde untersagt habe, sich für das OTB-Projekt zuständig zu erklären. Das könnte auch eine Absprache gewesen sein. Eine Rechtsauskunft auf eine förmliche Anfrage war das jedenfalls sicher nicht.

Schengen für uns, Zäune für Afrika

Europa mauert seinen Nachbarkontinent faktisch ein. Flüchtlinge und Migranten werden zukünftig bereits in Afrika gestoppt. Europäische Gelder fließen an Afrikas Autokraten, damit sie ihre Grenzen dicht machen, ihre Bürger von uns fernhalten und ihre Flüchtlinge zurücknehmen. Fünf Monate lang haben 24 JournalistInnen und WissenschaftlerInnen in 21 Ländern dazu recherchiert.

Über das Ergebnis diskutieren:

Christian Jakob, taz Redaktion
Nina Schwarz, Netzwerk kritische Grenzregimeforschung
Riadh Ben Ammar, Aktivist und Schauspieler

Dienstag, 17. Januar, 19 Uhr
KiOto im Kulturzentrum im Lagerhaus,
Schildstraße 12–19, 28203 Bremen
Eintritt frei